Abend-Ausgabe Nr. 77 Dienstag, 15. Februar 1938

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugspreis bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 48,44 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgeb.) bei Abholung wöchentlich. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf., bei gleichzeitig. Versand d. Morgen- u. Abend-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25291. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreis lt. Preisliste Nr. 7: Millimeterzeile (18 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 6 Rpf. Hilfsgeb. 50 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Moskau droht mit Angriff auf Rumänien

Die bessarabische Frage von neuem aufgerollt

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 15. Februar.

Die parteiamtliche sowjetrussische „Prawda" äußert in einem Artikel in schärfster Form ihre Unzufriedenheit mit dem neuen rumänischen Kabinett des Patriarchen Christea und schreckt sogar vor primitivsten Drohungen nicht zurück. Die Zeitung beschuldigt die rumänische Regierung — da die Einzelheiten der Budenko-Affäre dem Sowjetpublikum verschwiegen und getarnt werden müssen —, den Schuldigen der Budenko-Affäre zu schützen und „böswillige Erfindungen" auszustreuen; die rumänischen Regierungsmitglieder werden in dem Artikel mit Schmutz beworfen.

Das Blatt stellt die Behauptung auf, daß das Verschwinden Budenkos und der gegenwärtig in Rumänien herrschende Zustand wie überhaupt die sowjetrussisch-rumänischen Beziehungen „das natürliche Ergebnis" des politischen Kurses sei, den der jetzige Außenminister Tatarescu seit zwei Jahren eingeschlagen habe. Das Blatt droht dann mit folgenden Worten, die anscheinend die neue rumänische Regierung vor der Durchführung national-rumänischer Programmpunkte abschrecken sollen: „Die politische und geographische (!!) Lage Rumäniens ist keineswegs dergestalt, daß sich rumänische Regierungskreise erlauben können, auf die im Zusammenhang mit dem Fall Budenko von der Sowjetunion erhobenen Vorstellungen und Fragen einer Antwort auszuweichen."

Zu deutsch heißt das also, daß Moskau mehr oder weniger mit einem Einmarsch in Bessarabien droht, falls Bukarest weiter einen nationalen Kurs zu steuern gewillt ist.

Tatsache ist, daß sich die neueste Karte der UdSSR, die im Auftrage des roten Innenkommissariats herausgegeben wird, nicht mit den wirklichen Grenzen der umliegenden Staaten deckt. In der äußersten Südwestecke greift die grüne Farbe, die den Machtbereich Moskaus anzeigen soll, über den Dnjestr hinaus auf Rumänien über und will dadurch den Anspruch auf ganz Bessarabien bis zum Pruth hin demonstrieren. Dieser mehr als deutliche Hinweis fiel zusammen mit den Zeitungsstimmen, die während der Regierungszeit Gogas in immer kürzeren Abständen von den „unregulierten Grenzen" des Königreichs Rumänien sprachen. Ja, die Sowjets sind noch deutlicher geworden: In der Ukraine sind Truppen zusammengezogen worden, und auch die Flotte des Schwarzen Meeres liegt in Bereitschaft. Tatsache ist schließlich, daß das alles Vorarbeiten sind, um die gelöste bessarabische Frage wieder zu einem Problem zu machen.

Moskau ist also der größte Feind Rumäniens und glaubt jetzt die Zeit zum Eingreifen gekommen. Daß Moskau während des Titulescu-Interregnums dreifach, und zwar durch den Nichtangriffspakt und durch die Einrichtung diplomatischer Beziehungen zu Rumänien sowie durch seine Mitgliedschaft in Genf, das heutige Territorium Rumäniens anerkannte, ist eine Tatsache, die selbst die Sowjets nicht ohne weiteres aus der Welt schaffen können. Durch sie ist auch jeder eventuell noch aus der zaristischen Zeit bestehende Anspruch hinfällig, und mit Fiktionen läßt sich keine Politik machen. Nach dem Willen des rumänischen Volkes ist die bessarabische Frage gelöst. Rumänien nimmt mit der Wacht am Dnjestr an der gesamteuropäischen Aufgabe teil, den Einfall des Kommunismus auf dem äußersten Vorposten zu verhindern!

Auch im europäischen Westen ist die Offensive gewisser „demokratischer Kreise" gegen das neue rumänische Kabinett offenbar jetzt eröffnet worden. So werden Gerüchte ausgestreut, daß die neue rumänische Regierung zurücktreten beabsichtige. Bei den Bukarester Blättern liefen gestern schon zahlreiche telephonische Anfragen aus dem Auslande ein, ob es zutreffe, daß die Regierung Christea demissioniert habe. Derartige Gerüchte sind inzwischen von der rumänischen Regierung dementiert worden. Es ist sehr bezeichnend, daß man auch in gewissen diplomatischen Kreisen Bukarests der neuen Regierung Christea keine lange Lebensdauer prophezeit, wobei daran erinnert sein mag, daß auch die inzwischen zurückgetretene Regierung Goga von Anfang an mit derartigen Gerüchten zu kämpfen hatte. In das gleiche Kapitel gehört die Behauptung, daß der Patriarch Christea mit seinen 72 Jahren den großen Anforderungen, die an einen Ministerpräsidenten gestellt werden müßten, nicht gewachsen sein dürfte. Auch werden Zweifel darüber laut, wie weit die Armee den neuen Königskurs mitzumachen bereit sei. Am klarsten wird der Sinn der ganzen Gerüchtemacherei, wenn es dann weiter heißt, daß die französische und englische Oeffentlichkeit eine vollständige Rückkehr Rumäniens zur „Demokratie" verlange. Das entspricht durchaus den Artikeln gewisser französischer Blätter und zeigt am klarsten die ungeheuerliche Einmischung gewisser ausländischer Kreise in die innerrumänischen Angelegenheiten.

Das Trojanische Pferd geöffnet

Es gab Zeiten, in denen in Moskau „Demokratie" Trumpf war. Die roten Herren legten sich diesen Schafspelz um, denn allein so konnte man zum Frieden mit fremden Staaten gelangen, allein so konnte man die Militärbündnisse mit Prag und Paris ausbauen und erreichte sogar Unterstützung und wirtschaftliche Förderung von fremder Seite. Während sich aber die roten Minister und Gesandten mit den Demokraten des Westens im Frack über die Parketts der internationalen Diplomatie bewegten, unterwühlten die Kräfte der Unterwelt die Grundmauern der gleichen Staaten, deren Diplomaten sich eben mit den Vertretern des Kremls höflich unterhielten. Man bediente sich also der Maske „Demokratie", um in den Zentren der westlichen Kulturstaaten Einlaß zu erhalten. Aus diesem Grunde auch gab man immer die These aus, daß Komintern und Sowjetunion etwas grundsätzlich Verschiedenes seien; so allein konnte man Beschwerden und Proteste fremder Staaten über die Tätigkeit der Komintern mit den Worten abtun, daß es sich hier um die Tätigkeit einer privaten Organisation handelt. Tatsächlich aber wiederholt sich hier nur die Geschichte jenes hölzernen Pferdes, in dessen Innerem einst Odysseus mit den Besten seiner Krieger Einlaß in Troja fand. Als dann das Pferd in Troja stand, wurde es geöffnet, und die fremde Streitmacht überfiel den bis dahin triumphierenden Gegner. Nicht anders ist es mit der Sowjetunion und ihrem scheinheilig zur Schau gestellten doppelten Gesicht. Denn ob sich nun die Umstürzler in den Frack zwängen und sich einen weißen Kragen dazu anziehen, ob sie sich rasieren oder nicht, das ist eine Milieufrage, eine Frage der Zweckmäßigkeit, wie man am besten das Endziel erreicht, nämlich den Umsturz der gesamten Welt. Diese Teilung in privaten und offiziellen Bolschewismus war noch aktuell, als man vor wenigen Wochen in der ganzen Sowjetunion „demokratisch" wählen ließ. Heute hat sich das gewandelt. Eine zwanzig Jahre hindurch hochgehaltene These, der entsprechend Komintern und Sowjetunion, Bolschewistische Partei und Kreml nicht das gleiche seien, hat Stalin in eigener Person verworfen und offiziell in einem offenen Brief an die parteiamtliche „Prawda" verkündet, daß Sowjetunion und Komintern, Bolschewismus und Kreml das gleiche sind. Stalin betonte, daß der Bolschewismus in der UdSSR als Teilstück der gesamtbolschewistischen Aufgabe zu verstehen ist, daß eine Zusammenarbeit und wechselseitige Unterstützung zwischen dem bolschewistischen Staat einerseits und den revolutionären Bewegungen aller Länder notwendig ist. Damit hat Stalin vor aller Welt die Einmischung des sowjetrussischen Staates und seiner internationalen Funktionäre in fremde Staaten zum sowjetstaatlichen Prinzip und gleichzeitig auch die Komintern zu deren offiziellem Träger erhoben. Er hat also ein der Welt bisher nicht gemachtes Eingeständnis präsentiert. Das Trojanische Pferd wurde geöffnet, und die Welt hat wieder einmal volle Klarheit. In Spanien ist es die sowjetrussische Kriegsmacht, die der Kominternen zur Verfügung gestellt wird. Man unterstützt die Tätigkeit der Kominternen in allen Teilen der Welt nunmehr durch Drohungen militärischer Natur, um eine Beschleunigung der kommunistischen Weltrevolution herbeizuführen. Nicht zu Unrecht schreibt die dem polnischen Außenministerium nahestehende „Gazeta Polska", daß mit dieser Verlautbarung Stalins eine verstärkte Aktivierung der Tätigkeit der Kominternen in allen Teilen der Welt beginnen wird, besonders aber in den Nachbarstaaten der Sowjetunion, die Stalin in seinem offenen Brief als für die Sowjetunion besonders „gefährlich" hinstellt. Der neueste unverschämte Angriff der sowjetamtlichen „Prawda" gegen die neue rumänische Regierung, die Drohung Moskaus mit einem Einmarsch in Bessarabien, bestätigen dies beredt. Darüber hinaus ist es wichtig, festzustellen, daß Stalin in dem offenen Brief das erstemal auf eine Aufteilung der nichtbolschewistischen Staaten in faschistische und demokratische verzichtet hat. Vielleicht gibt diese offenherzige Erklärung des roten Diktators in London, Paris und Prag Anlaß zum Nachdenken, damit man sich endlich einmal über die wahren Ziele Moskaus klar wird und von dem ewigen Liebäugeln und Paktieren mit einem Staate Abstand nimmt, der zugegebenermaßen nichts anderes als den Umsturz der Welt bezweckt.

Protest gegen die antideutsche Hetzausstellung in Paris

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 15. Februar.

Unter der Ueberschrift „Ein Skandal in Paris" beschäftigt sich heute der „Völkische Beobachter" mit der sogenannten Antinazi-Ausstellung in Paris, deren hetzerische Tendenz von uns schon bei der Eröffnung dieser von verschiedenen Volksfrontgruppen unterstützten Ausstellung gekennzeichnet wurde. Die scharfe Stellungnahme der deutschen Oeffentlichkeit blieb zunächst nicht ohne Eindruck auf Paris. So wurde ein Teil der übelsten Karikaturen und Verunglimpfungen des Führers und seiner nächsten Mitarbeiter aus der Ausstellung entfernt.

Obwohl das eine vollkommen unzulängliche Lösung war, und obwohl der deutsche Botschafter erneut bei der französischen Regierung vorstellig wurde, ist die Ausstellung jetzt bis zum 18. März verlängert worden. Es wird in Paris also weiterhin eine Ausstellung geduldet, deren einziger Zweck ist, das nationalsozialistische Deutschland zu beleidigen, zu verleumden und zu verunglimpfen und damit die an sich schon überreichlich in der europäischen Politik vorhandenen Spannungselemente gewissenlos und verantwortungslos zu verschärfen.

Der „VB" wendet sich mit aller Schärfe gegen die Haltung der französischen Regierung und fragt, was wohl Paris sagen würde, wenn in Berlin eine Ausstellung stattfände, die sich ausschließlich mit dem Volksfront-Frankreich und seinen jüdischen, marxistischen und kommunistischen Hintermännern beschäftigt und es darauf anlegt, das deutsch-französische Verhältnis zu trüben. In diesem Fall würde Paris vermutlich sagen, daß die Reichsregierung auf Grund ihrer autoritären Macht Möglichkeiten genug besitze, eine solche Ausstellung zu verbieten. Es kann aber auf die Dauer unmöglich mit zweierlei Maß gemessen werden, so sagt der „VB", der damit gleichzeitig deutsche Maßnahmen ankündigt. „Es muß von der deutschen Oeffentlichkeit aufs schärfste dagegen Protest erhoben werden, daß demokratische Staaten auf Grund ihrer Demokratie Schimpf- und Verleumdungsfreiheit für sich beanspruchen, autoritäre Staaten dagegen zu Anstand und Wohlverhalten verpflichten wollen. Eine solche Beweisführung ist unfair, und das muß jetzt einmal mit aller Deutlichkeit gesagt werden. Sie kann von der deutschen Oeffentlichkeit in Zukunft in keiner Weise mehr hingenommen werden. Wir werden von nun ab jeden anständig behandeln, der uns anständig entgegentritt, jedem Friedensstörer aber die Hiebe versetzen, die er uns zu versetzen sucht. Jetzt ist unsere Geduld erschöpft. Wir begegnen von nun ab jedem so, wie er uns begegnet."

Mit diesen Worten ist der Standpunkt, den Deutschland künftighin einnehmen wird, klar gekennzeichnet. Wenn solche Auseinandersetzungen dann nicht zur Stärkung des Völkerfriedens beitragen, so kann man uns nicht die Schuld in die Schuhe schieben, sondern die Schuld liegt einzig und allein bei den Hetzern, die, wie die Veranstalter der Antinazi-ausstellung, Deutschland glauben beschimpfen zu können, und bei den Regierungen, die solchen Hetzern nicht das Handwerk legen.

Schneestürme und Kältewellen über ganz Europa

Berlin, 15. Februar.

Das ganze Deutsche Reich und darüber hinaus ganz Europa stehen wieder unter dem Zeichen heftiger Schneestürme, starker Schneefälle, ernster Schneeverwehungen, eines intensiven Kälteeinbruches, gefolgt von oft verheerenden Stürmen.

In Oberbayern folgten auf die Schneefälle der letzten Tage starke Kältewellen, die in Füssen eine Temperatur von 15 Grad Kälte, auf der Zugspitze 18 Grad (nachts 19 Grad) und in Garmisch-Partenkirchen und Bad Reichenhall 8 Grad unter Null hervorriefen. In Thüringen häuft sich der Schnee oft bis zu vier Meter, so daß zahlreiche Einwohner Gänge aus ihren Häusern herausschaufeln mußten. Auf den Straßen ist der Verkehr infolge der Schneewehen nahezu unmöglich. In der Eifel schneit es seit Freitag nahezu ununterbrochen, wodurch eine erhebliche Verkehrsbehinderung eingetreten ist; sämtliche Landstraßen sind gesperrt. Alle zur Verfügung stehenden Schneepflüge arbeiten auf den Reichsstraßen, um wenigstens diese fahrbar zu halten. Aber auch die Unterlage der Reichsstraßen besteht aus Glatteis. Die durchschnittliche Schneehöhe in der Eifel erstreckt sich bis zu einem Meter, auf anderen Strecken, die von Verwehungen heimgesucht worden sind, bis zu zwei Metern.

Seit mehr als 48 Stunden toben auch in Mittel- und Süditalien heftige Stürme, begleitet von Gewitterregen und Schneefällen. Die Hänge des Vesuvs sind von neuem eingeschneit. Der Schiffsverkehr ist infolge des schweren Seeganges erschwert. Bei Aosta wüten derartig heftige Schneestürme, daß zahlreiche Häuser einfach abgedeckt wurden. Aus Polen werden ebenfalls heftige Schneestürme im ganzen Lande berichtet. Sie haben in den Wojwodschaften Krakau und Lodz den größten Schaden angerichtet; Telephonleitungen wurden zerstört, der Straßenbahn- und Autobusverkehr mußte eingestellt werden.

Schmeling-Dudas in Hamburg

Hamburg, 15. Februar.

Wie die Leitung der Hamburger Hanseatenhalle mitteilt, ist es ihr gelungen, den Abschluß des Kampfes zwischen dem deutschen Meister aller Klassen, Schmeling, und dem Amerikaner Steve Dudas zustande zu bringen. Dieser letzte Kampf Schmelings vor seiner Weltmeisterschaftsbegegnung mit Joe Louis wird am Ostersonnabend, dem 16. April, zum Austrag gelangen. Im zweiten Hauptkampf der Veranstaltung werden sich Walter Neusel und der Südafrikaner Ben Foord gegenüberstehen.